

Reicher und doch gleicher

Müssen Vermögende höher besteuert werden, damit Gesellschaften nicht auseinanderdriften?
Ein Wirtschaftshistoriker sieht das anders.

Berlin – Der Kapitalismus macht die Reichen immer reicher und verursacht damit ein ständig zunehmendes Gefälle zwischen den Gutbetuchten im Land und der weniger gesegneten breiten Masse. Das ist eine Erzählung, die in der gesellschaftspolitischen Debatte nicht selten zu hören ist und auch von manchen Wirtschaftswissenschaftlern propagiert wird. Der wohl bekannteste unter ihnen ist der französische Ökonom Thomas Piketty.

Falsch, sagt nun sein schwedischer Kollege Daniel Waldenström, der am Forschungsinstitut für Industrieökonomik in Stockholm die Abteilung Steuern und Gesellschaft leitet. In einer Studie für die Stiftung Familienunternehmen in München kommt der Wirtschaftshistoriker zum Ergebnis, dass die einfachen Bürger in der westlichen Welt in den vergangenen 130 Jahren beständig reicher und die Gesellschaften nicht etwa ungleicher, sondern im Gegenteil gleicher geworden sind. Das bedeute nicht, dass es keinerlei Handlungsbedarf gäbe. Aber: Wer Ungleichheit abbauen wolle, dürfe diese „stille Revolution“ nicht außer Acht lassen, heißt es in der knapp 50-seitigen Untersuchung, die der *Süddeutschen Zeitung* vorab vorlag.

Demnach besaß das wohlhabendste Hundertstel der Bevölkerung in den Ländern Europas noch zu Beginn des Ersten Weltkriegs zwischen 50 und gut 70 Prozent des gesamten Vermögens. Zwischen den Zwanziger- und den Siebzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts ging diese Vermögenskonzentration jedoch dramatisch zurück. In Großbritannien sank die Quote von 73 Prozent im Jahr 1901 auf 16 Prozent im Jahr 1984, in Frankreich von 57 auf ebenfalls 16 Prozent. In Deutschland verringerte

sie sich von 48 Prozent im Jahr 1908 auf 21 Prozent im Jahr 1969.

Hauptgründe für das schwindende Wohlstandsgefälle waren vor allem das starke Wirtschaftswachstum, deutlich steigende Einkommen, eine bessere Bildung sowie die Technisierung und die beginnende Globalisierung der Wirtschaft nach 1945, die erstmals auch breiten Bevölkerungsschichten die Vermögensbildung erlaubten. Vor allem der deutlich zunehmende private Immobilienbesitz und kräftig wachsende Rentenansprüche trugen dazu bei. Eine Rolle, wenn auch eine kleinere, spielten zudem die Einführung einer progressiven Einkommensbesteuerung sowie die beiden Weltkriege, die gerade den Vermögenden viele ihrer Reichtümer raubten.

Erst mit dem Beginn der großen Liberalisierungswelle Ende der Siebziger-, Anfang der Achtzigerjahre kam die Entwicklung zum Stillstand, seither sind die Quoten wieder leicht auf einen mittleren Wert von etwa 25 Prozent gestiegen. Hier stechen vor allem die USA mit einem Plus von etwa zehn Punkten auf rund 35 Prozent hervor. Auch in Deutschland legte der Wert wieder leicht auf zuletzt 27 Prozent zu.

Es sollte einen leichteren Zugang zu Baukrediten geben

Dass sich die Ungleichheit anderswo stärker zurückgebildet hat als hierzulande, liegt Waldenström zufolge unter anderem daran, dass der Besitz eines Hauses oder einer Wohnung in Deutschland mit einer Eigenheimquote von nur 49 Prozent weniger verbreitet ist als etwa in Frankreich oder Schweden. Zudem hänge die private Altersvorsorge am Kapitalmarkt im interna-

tionalen Vergleich hinterher, weil die Bundesrepublik im Gegensatz zu vielen anderen Staaten weiter vor allem auf die – deutlich weniger renditeträchtige – umlagefinanzierte Rente setze. Entsprechend sehen auch die politischen Lehren und Schlussfolgerungen aus, die der Ökonom aus seinen historischen Betrachtungen zieht. Er plädiert dafür, die Vermögensbildung der breiten Bevölkerungsschichten gezielt staatlich zu fördern, etwa durch leichteren Zugang zu Baukrediten, bessere Anreize für private Kapitalanlagen und nicht zuletzt durch weniger Steuern auf Arbeitseinkommen.

Auch eine höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften hält Waldenström für vernünftig – nicht jedoch die Einführung einer Vermögen- oder die Erhöhung der Erbschaftsteuer. „Die meisten Länder haben mit Vermögen- und Erbschaftsteuern experimentiert, doch fast keines erhebt solche Steuern noch“, heißt es in der Untersuchung. Grund sei, dass die Besteuerung von Vermögenswerten, insbesondere von Firmenvermögen, mit großen praktischen Schwierigkeiten einhergehe und den Regierungen nur geringe Einnahmen bringe. „Kapitalertragsteuern sind wirksamer“, so Waldenström. „Sie passen sich den Konjunkturzyklen an, erfassen Zufallsgewinne und tragen der tatsächlichen Zahlungsfähigkeit des Eigentümers Rechnung.“

Vor allem letztere Überlegungen dürften dem Auftraggeber der Studie, der Stiftung Familienunternehmen, gut in die eigene Argumentation passen. Die Organisation nämlich vertritt die Interessen Hunderter teils sehr großer Firmen, die maßgeblich von einer einzelnen Eigentümerfamilie oder einem Familienverbund kontrolliert werden. Und wenn diese meist sehr wohlhabenden Familien eines eint, dann wohl

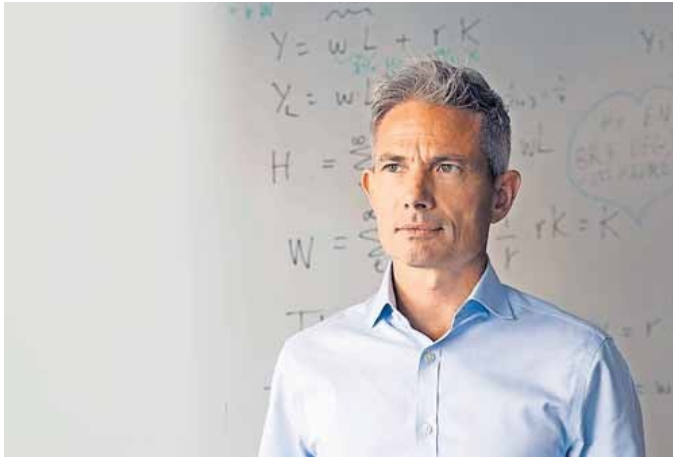
diese Formel: Keine Vermögensteuer – und im besten Fall auch keine Erbschaftsteuer!

Claus Hulverscheidt

Wörter:	686	Jahrgang:	2026
Autor/-in:	Claus Hulverscheidt	Nummer:	132
Seite:	15 bis 15	Ausgabe:	Hauptausgabe
Rubrik:	WIRTSCHAFT	Auflage ¹ :	79.856 (gedruckt) 107.668 (verkauft) 110.866 (verbreitet)
Medienkanal:	PRINT	Reichweite ² :	0,4169 (in Mio)
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

¹ von PMG gewichtet 04/2026

² von PMG gewichtet 7/2025



Der schwedische Wirtschaftshistoriker Daniel Waldenström hält eine höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften für vernünftig. *Fotograf/-in: FOTO: CORNELIA JÖNSSON / IMAGO*